

LANDKREIS AMBERG-SULZBACH DISKUTIERT DIE MERKMALE JUGENDGERECHTER KOMMUNEN

VON RÄUMEN UND WEGEN BIS ZU LEITLINIEN UND BÜNDNISSEN

HEIMAT FÜR JUGEND SEIN: RÄUME UND WEGE ERÖFFNEN

- Jugendliche leben gerne dort, sie identifizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- Die Kommune hat Platz für Jugendliche. Sie haben eigene Räume, die ihren Bedürfnissen nach Freizeit, Spiel und Erholung gerecht werden. Diese Räume gibt es sowohl in Jugendzentren als auch in selbst verwalteten Formen, die nach Bedarf von der Kommune unterstützt werden. Diese Räume sind in den Kommunen gut erreichbar.
- Akzeptabler Wohnraum ist auch für Jugendliche ohne großes Einkommen verfügbar.
- Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- Jugendlichen wird ein Perspektivwechsel durch die Unterstützung grenzüberschreitender Mobilität ermöglicht.
- Jugendliche Mobilitätsanforderungen werden bei Verkehrsplanung und ÖPNV-Ausbau vor Ort erfragt und berücksichtigt. Ein schneller Internetanschluss sichert die Verbindung Jugendlicher über ihre Ortsgrenzen hinweg.

ZUKUNFT BIETEN: BILDUNG UND ARBEIT ERMÖGLICHEN

- Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsangeboten. Dazu gehören neben den Angeboten der freien Träger und der Jugendorganisationen auch die Angebote der Sportvereine. Zum Zugang gehört auch eine möglichst gute Erreichbarkeit dieser Lern- und Bildungsorte. Erschwerte Zugänge durch finanzielle Situationen und soziale Herkunft werden durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen.
- Die Kommune engagiert sich für eine möglichst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dafür arbeiten Schulen, Unternehmen und Politik zusammen. Im Austausch mit Berufserfahrenen und über Praktika lernen Schülerinnen und Schüler die Arbeitswelt frühzeitig kennen und erhalten Beratung und Unterstützung bei der Suche nach Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen. Die Schulen vernetzen sich mit den freien Trägern, die informelle und non-formale Bildung anbieten.

POLITIK MIT UND VON JUGEND UNTERSTÜTZEN: TEILHABE ANBIETEN, BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN, VIELFALT SCHÄTZEN

- Jugendliche können und sollen in der Kommune teilhaben. Sie wissen, welche Personen dafür verantwortlich sind, Informationen werden einfach zugänglich bereit gestellt, und Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert. Junge Menschen werden in Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune verbindlich einbezogen. Sie haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.
- Es gibt geregelte Beschwerdeverfahren für Jugendliche. Sie kennen ihre Rechte und werden bei der Umsetzung ihrer Rechte unterstützt.
- Die Vielfalt der Jugendlichen wird gesehen, wertgeschätzt und berücksichtigt, ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds, ihres Bildungsgrads, ihrer körperlichen Verfassung oder ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies gilt insbesondere für die kulturelle Vielfalt, auch von geflüchteten Jugendlichen. Vorurteile werden durch Begegnungen und engen, regelmäßigen Kontakt zwischen Politik und Jugend abgebaut.

STRUKTUREN FÜR JUGEND VERBESSERN: LEITLINIEN, QUALIFIZIERUNG UND BÜNDNISSE VERANKERN

- Jugendpolitik ist ein wichtiges Thema in der Kommune. Dafür wird ein eigenes Budget bereitgestellt. Die Kommune hat ein Leitbild „Jugendgerechtigkeit“, welches immer wieder auf den Prüfstand gestellt wird und zu konkreten Maßnahmen führt. Dieses Leitbild wird regelmäßig überprüft und angepasst, um Änderungen der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen gerecht zu werden. Der Grad der Jugendgerechtigkeit einer Kommune darf nicht vom Engagement einzelner Personen abhängen, sondern braucht fest verankerte Strukturen und viele Partner.
- Politik und Verwaltung bilden sich regelmäßig zu Jugendbeteiligung und jugendlichen Lebenswelten weiter.
- Jugendhilfeplanung bezieht alle Lebensbereiche junger Menschen ein. Die Anliegen Jugendlicher werden auch in andere Planungsprozesse einbezogen, z. B. Schul-, Bau- oder Verkehrsplanung.
- Bei allen Angelegenheiten, die Jugendliche betreffen, werden jugendliche Belange berücksichtigt. Dabei geht es sowohl um die aktuellen und zukünftigen Auswirkungen auf Jugendliche heute als auch auf zukünftige Jugendgenerationen. Dafür braucht Jugendpolitik eine gemeinsame Strategie der politischen Ressorts.
- Alle relevanten Akteure (z. B. Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, lokale Medien, Politik und Verwaltung) wirken zusammen in einem Bündnis für die Jugend vor Ort. Dieses soll handlungsfähig sein und nicht bürokratisch ausufern.